



BIRTE KAUFMANN / INSTITUTE

FOTO-TABLEAU: FAHRENDE IN IRLAND 4/5

Der Pferdemarkt in Ballinasloe ist einer der ältesten in Europa und gilt als der weltweit grösste Anlass dieser Art. Zahlreich finden sich die Fahrenden hier ein; die einst von ihnen gezüchteten und – freilich mit dem herabsetzenden Namen «Tinker», Kesselflicker – nach ihnen benannten stämmigen Zugpferde haben sich mittlerweile als Rasse etabliert. Besonders schätzt man sie mit kräftig geschlecktem Fell. Einige solche Tiere sind auch auf Birte Kaufmanns Nachtaufnahme auszumachen.

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Keine Ehe für Homosexuelle

Die Rechtskommission des Nationalrats verlangt die Einführung der Homosexuellen-Ehe in der Schweiz (NZZ 21. 2. 15). Vermutlich wollen die Damen und Herren «beweisen», dass die Schweiz ebenso fortschrittlich ist wie viele andere Länder. Dieser Vorstoss ist ein falsches Signal, und zwar unabhängig von der persönlichen Einstellung zur Religion. Jeder Mensch, ob Atheist, Freidenker, Agnostiker oder Gläubiger, muss allein schon aus naturwissenschaftlicher Sicht zum Schluss kommen, dass eine Verbindung von Mann und Frau nicht dasselbe ist wie eine Verbindung von Frau und Frau oder von Mann und Mann.

Durch die registrierte Partnerschaft, wie sie heute existiert, ist das Postulat der Gleichberechtigung voll erfüllt. Die Einführung der Ehe für Homosexuelle wäre eine künstliche Gleichsetzung von effektiv verschiedenen Dingen. Sie ist nicht rational begründbar, sondern Ausdruck eines neuen «Glaubens», der jegliche Unterschiede zwischen Frau und Mann leugnet. Die Schweiz tut gut daran, bei diesem Problemkreis ihren eigenen Weg zu gehen.

Rudolf E. Geiger, Bottmingen

Vorab drängt sich die Frage auf, ob man die Homo-Ehe hinterfragen darf, ohne als homophob, hinterwäldlerisch oder reaktionär verschrien zu werden. Der inflationäre Diskriminierungsschrei ist vorprogrammiert, dennoch sage ich es in aller Deutlichkeit: Die Ehe ist eine verbindliche Vereinigung von Mann und Frau – Punkt! Das ist keine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, sondern eine Privilegierung der traditionellen Ehe, u. a. zur Förde-

KORRIGENDUM

Prof. Franz Kärtner wurde im Artikel «Expeditionen ans untere Ende der Zeitskala» (NZZ 25. 2. 15) als Wissenschaftler am Freie-Elektronen-Laser «Flash» in Hamburg zitiert. Dies ist nicht korrekt; Kärtner arbeitet am Center for Free-Electron Laser Science (CFEL) Hamburg, einem eigenständigen Institut.

Christof Zellweger, Zürich

Der Familie. Diese stellt trotz hohen Scheidungsraten immer noch ein bewährtes Modell dar. Meine guten Beziehungen zu homosexuellen Freunden stehen in krassm Gegensatz zur Militanz gewisser Exponenten der Homosexuellen-Lobby, die keinen Widerspruch dulden und uns das Denken verbieten wollen. Das ist Teil einer bedenklichen gesellschaftspolitischen Entwicklung, deren Ziel letztlich die Zerstörung der Familie ist.

Daniel Beutler, Gwatt

Tolerierte Missstände im Taxiwesen

Zu den Artikeln in der NZZ vom 21. 2. 15 möchte ein Taxichauffeur mit 40 Jahren Dienstfahrt eine Liste der echten Probleme im Zürcher Taxigewerbe beitragen: Nebst den etwa 1700 bewilligten Taxis sind seit über einem Jahr jede Nacht Hunderte illegaler Taxis andauernd und stundenlang in der ganzen Stadt auf Kundenjagd.

Obwohl diese Invasion von illegalen Taxis bei der Polizei und den zuständigen Behörden offensichtlich bekannt ist, macht die Gewerbepolizei praktisch nichts dagegen. Auch die Uber-Taxis verstossen teilweise gegen wichtigste Gesetze des Gewerblichen Personentransportwesens in der Schweiz. So ist es absolut illegal, ohne geeichte Fahrtschreiber Personen gegen Bezahlung zu chauffieren.

Obwohl die Gewerbepolizei rund 1700 Taxis bewilligt hat, sind bei den meisten frequenzstarken Orten zu wenige Standplätze vorhanden. Zum Beispiel dürfen an den Bahnhöfen Stadelhofen und Altstetten nur an bestimmte Taxizentralen angeschlossene Taxis auf Kunden warten. Auch diese Missstände werden von den Stadtbehörden toleriert. Vor sehr vielen Nachtclubs und Party-Orten gibt es auf öffentlichem Boden zudem nur ein signalisiertes Halteverbot, das auch für Taxis gilt.

Es ist höchste Zeit, dass der Stadtrat endlich die eigenen Regeln durchsetzt; also die illegalen Taxis zum Teufel jagt und genügend Standplätze zur Verfügung stellt. Falls er das nicht macht, soll er das Taxibüro der Gewerbepolizei auflösen und dem Kanton die Taxi- und Personentransportkontrolle übergeben!

Eine Lanze für die Berufslehre

Es ist verdienstvoll, dass die Bedeutung der Berufslehre für unsere Volkswirtschaft wieder einmal hervorgehoben wird (NZZ 20. 2. 15). Die Berufslehre ist auch massgebend verantwortlich für die niedrige Arbeitslosenquote in den Ländern mit Berufsbildung.

Leider droht der Berufsbildung von verschiedenen Seiten Ungemach. Dies etwa von politischem Aktivismus, der die Maturaquote künstlich erhöhen möchte (mit entsprechendem Niveauverlust), um mit anderen Ländern gleichzuziehen, die vielfach die Alternative der Berufslehre gar nicht kennen. Dabei läuft man Gefahr, ein arbeitsloses Akademikerheer heranzuzüchten.

Beunruhigend ist zudem, dass immer mehr Schulabgänger nicht mehr das nötige Wissen mitbringen, um eine Berufslehre absolvieren zu können. Im Kanton Zürich sind mittlerweile 20 Prozent der Schulabgänger nicht arbeitsfähig, in Deutschland gar 50 Prozent. Dass die Wirtschaft aufgrund schlechter Erfahrungen weniger bereit ist, Lehrstellen anzubieten, ist verständlich, aber der falsche Weg, weil es damit immer weniger qualifizierten Nachwuchs gibt.

Die Wirtschaft sollte sich vielmehr dafür starkmachen, dass die Volksschule wieder mehr auf Leistung und Beherrschung der Grundkenntnisse setzt anstatt auf fragwürdige Schulexperimente, wie den konstruktivistischen Einheits-Lehrplan 21.

Peter Aebersold, Zürich

Die Macht des gelben Riesen

Der Artikel «Grono grollt der Post» (NZZ 7. 2. 15) erinnert an die Situation in Crans-près-Céligny. Dieses Waadt-länder Dorf mit 2200 Einwohnern liegt am Genfersee, etwa zwanzig Kilometer von Genf entfernt. Seit September 2014 hat sich das Dorf für die Rettung seiner Post mobilisiert. Wie Grono ist es über die zweideutigen und verräterischen Manöver der Post empört. Aber es reagierte sofort mit einer Petition, die innert eines Monats von 2568 Personen unterschrieben wurde. Der Gemeinderat hat sich hinter diese Aktion gestellt. Derzeit er-

GASTKOMMENTAR

Für eine offene Lobbyarbeit

Es braucht keine neuen Regeln. Von Victor Schmid, Hugo Schittenhelm und Dominique Reber

Die Diskussion um Lobbying in der Wandelhalle treibt seltsame Blüten – seit dem «Fall Borer» werden Verbandsvertreter nicht müde, für eine Regulierung einzustehen und nach neuen Regeln zu rufen – dabei darf nicht vergessen werden, dass die Arbeit in der Wandelhalle demokratisch legitimiert bleiben muss, damit sie den Ansprüchen der Gesellschaft entspricht. Die Lobbyarbeit ist in der Schweiz gesetzlich geregelt und verankert. Es gibt weder Graubereiche noch Unklarheiten – auch wenn dies immer wieder behauptet wird. Der Grundsatz ist, dass die Politik möglichst viele Interessen anhört und dann entscheiden will. Das ist bestens so, es erlaubt eine vielseitige Meinungsbildung. Diese Interessenvielfalt ist wichtig und richtig. Angefangen bei Vernehmlassungen zu Gesetzen, Anhörungen und Besprechungen in Expertengremien: Die Schweiz ist eine offene Demokratie, in der Interessen angehört und diskutiert werden. Das ist sozusagen ein Teil der Genetik der Schweiz.

Der Entscheid über das Wohl und Weh der Schweizer Gesetze liegt dann bei den Vertretern des Volkes, die im Parlament entscheiden – sie sind demokratisch gewählt und damit legitimiert. Der Einbezug von Lobbyisten, sei es nun von Greenpeace, Fastenopfer, WWF, Economiesuisse oder Gewerbeverband und Bauern, ist nicht nur notwendig, sondern sogar Pflicht. Auch Firmenvertreter von grossen und kleinen Firmen, Vertreter von Glaubensrichtungen oder Minderheiten mit Spezialanliegen haben ein Bedürfnis, ihre Interessen einzubringen. Daran ist nichts Falsches – ganz im Gegenteil.

Die Einflussnahme erfolgt direkt, bei den Entscheidungsträgern im Parlament – sie geschieht auf der Basis des geltenden Rechts. Dieses sieht ganz klar vor, was erlaubt ist und was nicht. Vor dem Attentat in Zug war der Zugang zu den Parlamentariern noch freier – das Bundeshaus war offen. Heute gibt es Einschränkungen aus Sicherheitsgründen. Aber wer mit einem Parlamentarier oder einer Parlamentarierin Kontakt aufnimmt, der wird meist ohne Zögern eingeladen. In der Schweiz – und dies ist ein Glück – wird die Politik mit den betroffenen Menschen gemacht. Dass jeder Parlamentarier noch zwei Eintrittsausweise für das Bundeshaus verschenken darf, ist wahrscheinlich ein Relikt, wenn nicht gar ein Anachronismus. Aber er schadet nichts. Auch Lobbyisten ohne «Götti» im Parlament können ihre Interessen vertreten – wie die Bergkantone, die Städte, die Gemeinden und die Fischzüchter, die Schafhirten und die Pharmabranche.

Die Politiker sind auf die Argumente der Experten aus den unterschiedlichen Bereichen angewiesen und nicht auf irgendwelche Verhandlungen – dies ist eine Mär, der es entschieden entgegenzutreten gilt. Die Lobbyisten im Trenchcoat mit Schlapphut mag es in Hollywood geben, in Bern gehört diese Clique schon längst zum alten Eisen. Es entstünde also weder für Lobbyisten noch für Parlamentarier ein gröberer Schaden, wenn der «Göttiausweis» abgeschafft würde – aber es würde auch nichts ändern. Und die Forderung nach einer zusätzlichen Standesregulierung oder Standesorganisation tönt so, als wollte man die Schweiz in die Zeit der Zünfte zurückführen. Es gibt weder einen Vorteil noch eine Notwendigkeit, über Standesorganisationen ein Register zu schaffen oder Ähnliches. Dies würde die Vielfalt behindern und vor allem kleinen und wirtschaftlich unbedeutenden Organisationen den Zugang erschweren.

Woher nimmt eine Standesorganisation eigentlich ihre Legitimation? Und warum braucht es Standesregeln, wenn doch die demokratischen Leitplanken gegeben sind? Wir plädieren für eine offene Lobbyarbeit – so wie es die Schweiz kennt und macht. Dafür braucht es keine Standesorganisationen nach zünftlichem Vorbild. Dies ist altmodisch und der Demokratie abträglich.

Die Autoren sind Berater bei Hirzel.Neef.Schmid.Konsulenten.

warten wir einen schriftlichen Vorschlag der Post. Sie wollte die heutige Geschäftsstelle durch einen Ersatz in einer Lebensmittelhandlung ersetzen. Nichts ist bis heute unterschrieben oder passiert. Und dies, obwohl die Post die Inbetriebnahme dieser neuen Lösung für das erste Quartal 2015 angekündigt hat!

Es gibt eine bemerkenswerte Ähnlichkeit zwischen den Fällen von Grono und Céligny, dem Nachbardorf von Crans-près-Céligny, das sein Postbüro 2001 schliessen musste, weil es nicht ausreichend profitabel war. Den Protesten der Behörden und der Bevölkerung von Céligny begegnete die Post mit dem Hinweis, dass die Distanz zum Postbüro in Crans-près-Céligny weniger als zwei Kilometer betrage. Damals wurde auch versichert, dass die Post von Crans-près-Céligny bestehen bleibe. Heute sind diese Versprechen vergessen und nichts – oder fast nichts – kann dem gelben Riesen widerstehen, der vorgibt, sich dem

Wettbewerb und den neuen Kundengewohnheiten anpassen zu müssen.

Gruppe für die Aufrechterhaltung einer echten Post in Crans-près-Céligny:
Agnès de Boer, Pierre Cretegy,
André Gossauer

AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch